



# Resolution

## Gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung

Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der  
Bildungsinternationalen, auf der Tagung vom 6. - 8. Dezember 2016 in Belgrad

### Die EGBW-Konferenz:

1. Bekräftigt erneut, dass Bildung, von frühkindlicher Bildung bis hin zur Hochschulbildung, ein fundamentales Menschenrecht und öffentliches Gut ist, und dass die Hauptverantwortung für dessen Bereitstellung bei den Regierungen liegt, was auch die staatliche Pflicht zu angemessener Finanzierung einschließt, die unter Beratung und Verhandlung mit Vertretern der Bildungsgewerkschaften anzustreben ist;
2. Merkt an, dass die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung in ihren vielfältigen Erscheinungs- und Gestaltungsformen für Kinder und Jugendliche wie für Beschäftigte in der Bildung und Bildungsunterstützung negative Folgen hat und für die gesamte Gesellschaft zusätzliche Kosten birgt;
3. Merkt mit Besorgnis an, dass bei der politischen Steuerung von Bildung (Bereitstellen, Finanzierung, Verwaltung und politische Gestaltung von Bildung) verstärkt private Akteure einbezogen und gefördert werden, was für den Zugang zu Bildung und für die Bildungsgerechtigkeit und -qualität erhebliche Herausforderungen mit sich bringt;
4. Stellt mit Besorgnis fest, dass die Privatisierung der Bildung in mehreren europäischen Ländern eine schleichende und indirekte Privatisierung ist. Politiker realisieren und anerkennen die Gefahr und die vollen Konsequenzen dieser Art der Kommerzialisierung nicht;
5. Merkt mit Besorgnis an, dass bewiesenermaßen die Zahl von sogenannten ‚Billig-Privatschulen‘ ansteigt und deren Auswirkung auf die Bereitstellung einer kostenlosen öffentlichen Bildung für alle;
6. Beobachtet, dass die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung sozioökonomische Ungleichheiten, geschlechtsspezifische Vorurteile sowie ethnische und religiöse Trennung verschärft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergräbt;



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von  
Qualität in der Bildung*

7. Ist der Auffassung, dass durch Privatschulen und öffentlich-private Partnerschaften die Finanzierung und Unterstützung von Schulen in staatlicher Trägerschaft zweckentfremdet und öffentliche Bildung ausgehöhlt wird.
8. Sensibilisiert die öffentliche Meinung, indem die Auswirkungen der schleichenden und indirekten Privatisierung und Kommerzialisierung der Bildung auf den freien und leichten Zugang aller Bürger zu einer guten öffentlichen Bildung für alle aufgezeigt werden;
9. Kämpft gegen den systematischen Einsatz privater Beratungsunternehmen durch die Regierung, die ihnen schleichend erlaubt, sich in das öffentliche Bildungssystem einzumischen.

**Fordert das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen auf,**

10. Das Handeln von Regierungen und öffentlichen Einrichtungen anzuprangern, wenn es von der Sparpolitik des öffentlichen Sektors und der Absicht durchdrungen ist, einen konzertierten Angriff auf die öffentliche Bildung zu fahren und eine marktorientierte Politik der Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung durchzusetzen;
11. Diejenigen europäischen Regierungen zu verurteilen, die unter dem Deckmantel ihres Bekenntnisses zu internationaler Hilfe und Entwicklung versucht haben, in Entwicklungsländern der Privatisierung, Kommerzialisierung und Gewinnmaximierung von Bildung den Boden zu bereiten;
12. Den Einsatz der BI und die BI-Antwort an die Welt auf Kommerzialisierung und Privatisierung im Bildungswesen zu begrüßen, ebenso wie die Aktionen der EGBW-Mitgliedsorganisationen, die das Handeln von Regierungen bloßstellen und hinterfragen, welches einer hochwertigen und kostenlosen Bildung für alle zuwiderläuft.

**Beauftragt das EGBW,**

13. Mit Hilfe der Mitgliedsorganisationen Material zu sammeln, zu veröffentlichen und zu verbreiten, das die Aktivitäten privater Akteure zur Förderung und Umsetzung von Privatisierungs- und Kommerzialisierungsstrategien und -verfahren sowie die Ergebnisse dieser Aktivitäten nachweist;
14. Alle EGBW-Mitgliedsorganisationen zu ermutigen, ihre Mitglieder sowie ihre Verbündeten in den Gemeinschaften und der Gesellschaft in proaktive Kampagnen zur Verteidigung der öffentlichen Bildung und zum Widerstand gegen den Versuch der Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung einzubinden.